

werden die Statuten... Anzeigen... Statuten... Statuten...

Saale-Zeitung.

Dreihundertvierzigster Jahrgang.

Nr. 113.

Halle a. S., Dienstag, den 9. März.

1909.

Zwist im eigenen Lager.

Ein interessanter Konflikt zwischen Konservativen und Agrariern ist in der Westpreignitz ausgebrochen. In Preußen hatte am 28. Februar eine Versammlung des Bundes der Landwirte einstimmig eine scharfe Resolution gegen die Nachlasssteuer angenommen.

Der konservative Verein Preußen m. H. billigt die am 28. Februar d. J. von der Versammlung des Bundes der Landwirte in Preußen beschlossene Resolution gegen die Nachlasssteuer und bedauert besonders die Art der Begründung durch den Staatsminister von Bobbiel.

Vor wenigen Tagen erst hatte, im Verein mit der „Dtsch. Tagesztg.“ die „Kreuzztg.“ kategorisch erklärt, daß es frevel und Wahnsinn sei, an der Einmütigkeit der konservativen Reichstagsfraktion in Sachen der Nachlasssteuer zu zweifeln.

Deutsches Reich.

Soj- und Regionalnachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin nahmen am Sonntag vor Mittag an dem Gottesdienst in der Gnadenkirche teil. Die Kaiserin begab sich später mit der Prinzessin Viktoria Luise im Automobil nach dem Neuen Palais.

Die Kaiserin-Witwe von Rußland auf ihrer Durchreise durch Berlin zu begrüßen. Auf dem Bahnhofs hatten sich bereits eingeladen der russische Botschafter Graf v. Diden-Saden und die Damen und Herren der Botschaft, sowie Vertreter der russischen Kolonie.

Die „verlorene Tochter“. In Kürze wird die frühere Prinzessin Marie von Mecklenburg-Strelitz die spätere Gräfin Wametal, als geborene Prinzessin von Schleswig-Holstein, in der Stadt einen am 8. Mai 1878 geborenen Grafen ertrug vor etwa 10 Jahren durch ihre Liebesaffäre aufzuweisen und wurde später mit dem Grafen Wametal vermählt.

Zum Prozeß Schilding.

Dr. Schilding, der frühere Bürgermeister von Sum, beschäftigt, in seinem Prozeß vor dem Oberverwaltungsgericht diejenigen Mitglieder des Disziplinarrates, die früher politische Beamte gewesen sind, als Zeugen vorzuladen. Dazu gehört unter anderem der Chefpräsident des Oberverwaltungsgerichts v. Bitter.

Die Jungfrau Maria als Königin von Polen.

Von den in Industriebezirk Dortmund anässigen National-Polen wurde wie die Rhein-Westf. Ztg. mitteilt, vor einiger Zeit an die deutsche katholische Geistlichkeit das Ansuchen gestellt, an den Marienfesttagen bei der liturgischen Anbahnung der Jungfrau Maria auch als Königin Polens nach besonders zu gedenken. Die betreffenden Geistlichen haben diese Zumutung zurückgewiesen und die Polen daran erinnert, daß es ein Königreich Polen nicht mehr gibt und die Verehrung der Jungfrau Maria mit den national-polnischen Bestrebungen nicht verträglich werden dürfte.

Die Beamten verpflichtet würden, dann auch die polnische Sprache zu lernen. Der Titel wird hierauf genehmigt. Bei einem weiteren Titel bemängelt.

Der neue Eulenburg Prozeß.

Der Termin in dem Meinungsprozeß gegen den Fürsten Eulenburg wird wohl noch lange hinausgeschoben werden müssen. Denn noch haben die Gerichte seine Klarheit darüber erlangt, ob der Fürst prozeßfähig ist oder nicht.

Allgemeine Mitteilungen.

Der rheinische Städtebund, der 103 Städte umfaßt, beschloß in einer Sitzung in Köln, nachdem seine Eingabe um Wiederbenennung der Staatsbürgerschaft für die Verweigerer bei den Abgeordneten keinen Erfolg hatte, eine neue Eingabe an das Herrenhaus zu richten, in der gefordert wird, daß für die Wiederbenennung nicht das Ermessen der Regierung, sondern bestimmte Anweisungen maßgebend sein sollen.

Im Rudolfs-Birchow-Krankenhaus zu Berlin ist wieder eine größere Anzahl von Krankenhebern unter Vergiftungsercheinungen erkrankt.

Heer und Flotte.

Von einem Mangel an Militärärzten war in der Deffektivität schon wiederholt die Rede. Kürzlich hat sich auch die Budgetkommission des Reichstages mit dieser Frage befaßt. Wie die „B. Corr.“ nun hört, wird, um diesem Mangel wenigstens teilweise abzuhelfen, neuerlich daran gedacht, die Plätze in der Kaiser-Wilhelm-Akademie zu vermehren.

Abg. Gothein (fr. Bg.).

Ich kann darin dem Staatssekretär nur recht geben. Der Vorschlag Erzbergers würde zur Folge haben, daß die deutsche Flotte nach Amerika langsamer geht, und das würde unsere kaufmännischen und industriellen Interessen immer schädigen.

Abg. Gothein (fr. Bg.).

Das war Zufallsmehrheit bei nicht vollständiger Kommission. Für die Beibehaltung der Regierungsvorlage war der originelle Vorschlag: Konfessionelle, Freikirche und Sozialdemokraten, der andere Vorschlag war: Freikirche. (Weiterer.) Wir sind gewiß für Spar-

Abg. Gothein (fr. Bg.).

Das war Zufallsmehrheit bei nicht vollständiger Kommission. Für die Beibehaltung der Regierungsvorlage war der originelle Vorschlag: Konfessionelle, Freikirche und Sozialdemokraten, der andere Vorschlag war: Freikirche. (Weiterer.) Wir sind gewiß für Spar-

Abg. Gothein (fr. Bg.).

Das war Zufallsmehrheit bei nicht vollständiger Kommission. Für die Beibehaltung der Regierungsvorlage war der originelle Vorschlag: Konfessionelle, Freikirche und Sozialdemokraten, der andere Vorschlag war: Freikirche. (Weiterer.) Wir sind gewiß für Spar-

Deutscher Reichstag.

222. Sitzung vom 8. März, 2 Uhr.

Die Beratung des Postetats

wird fortgesetzt bei dem Titel „D. Marken-Zulagen“.

Abg. v. Arginski (Pole):

Meine Freunde werden, wie stets, diese D. Marken-Zulagen ablehnen, da sie lediglich eine Belohnung für politische Tätigkeit darstellen. Die polnische Bevölkerung verhält sich gegenüber den Beamten viel ruhiger, viel gefügiger, als die deutsche. Man will die polnische Bevölkerung gemäßigter, man konstatiert die polnischen Kaufleute. Die Postbeamten verlangen, wenn sie an Polen Inhabitanten auszuweisen, daß die Empfänger ihre Namen mit deutschen Endungen schreiben. Das sind die gefürchteten Beamten, die sich der Zulagen würdig erweisen wollen. Stimmen könnten wir für die D. Marken-Zulagen nur, wenn sie nicht nur für ein Jahr, sondern dauernd bezahlt werden und wenn

jamkeit, aber hier wäre sie an falscher Stelle. In der Hauptsache soll die geforderte Summe zur Umwandlung der oberirdischen Leitungen in den Großstädten in unterirdische verwendet werden, nach Berliner Muster. Der Redner beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

#### Staatssekretär Kräfte

bittet gleichfalls darum.  
Im Hainmelsprung wird der Antrag Gothein mit 122 gegen 94 Stimmen: die Rechte, die Freistimmen und Sozialdemokraten, gegen Zentrum, Nationalliberale und Polen, angenommen.  
Bei den Entnahmen des Volkstages bekräftigt

#### Hg. Gothein (H. Pgg.)

eine Resolution der Freistimmen, die die Regierung um baldige Vorlage eines Gesetzes ersucht, durch den die Fortfreiheit der Fürsten auf Befreiungsbefreiung beschränkt wird. Manche Fürsten haben schon freiwillig auf die weitestgehende Fortfreiheit verzichtet, aber nicht alle. Die Frage muß endlich einmal auch im Interesse des monarchischen Gedankens reichsgefehrig geregelt werden.

#### Hg. Frhr. v. Hertling (Ztr.)

vertritt einen Zentrumsantrag, wonach die Reichsregierung mit den regierenden Fürsten selbst über eine anderweitige Festsetzung der ihnen zugehörenden Fortfreiheit in Verhandlungen eintreten soll. Detraktieren können wir nicht, wir können es den Fürsten nur nahe legen.

#### Staatssekretär Kräfte

Es handelt sich um ein überkommenes Hoheitsrecht der Fürsten. Zur generelle Zweck wird davon nicht Gebrauch gemacht, und es einmal geübt, legen wir uns mit dem Hofhof oder Ministerium in Verbindung und es erfolgt sofort Abhilfe. Die Uebelstände sind nur eingebildet. (Wiederholt links.)

#### Hg. Erbprinz (Ztr.)

Es liegen die Dinge denn doch nicht. Die mißbräuchliche Verwendung der Fortfreiheit ist sehr umfangreich. Da wird ein 2½ Meter langer Teppich nach einem Schloß als Einrichtungsbesitz veräußert (Heiterkeit), der Satz für einen verstorbenen Regenten als Paket portofrei versandt. (Heiterkeit.) Natürlich ist der Regent daran unschuldig. (Heiterkeit.) Auch für politische Einladungen zum Abonnement auf die „Nationalzeitung“ portofrei auf Karten des Landratsamtes und in Mecklenburg sind Mißbrauchsvorfälle während der Arbeitszeit verurteilt worden.

#### Staatssekretär Kräfte

Sollte das während der Dienstzeit geschehen sein, so wird Bestrafung erfolgen.

Odenburg, Bundesratsmitglied Dr. v. Caden-Adenhausen erklärt gegenüber einer früheren Behauptung von Singer, der Großherzog von Odenburg habe auf die Fortfreiheit für seine wirtschaftlichen Unternehmungen verzichtet.  
Die Zentrumsresolution wird angenommen, dagegen stimmen die Konventionen.

#### Hg. Stevens (Nl.)

beantwortet eine Ermüdung der Gesellschaft für die Benutzung der verschiedenen Abholungsstellen. Die Post habe da doch gar keine Unkosten.

#### Direktor im Reichspostamt Hobelt:

Die Postverwaltung wird dieser Anrede nachtreten.  
Der am Sonnabend verhandelte Antrag Red. Heibelberg (Nl.) auf Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen Stellen der Oberpostinspektoren wird abgelehnt. Der Postetat und der Etat der Reichsdruckerei werden genehmigt.  
Dienstag 2 Uhr: Abendsitzung; Doppelbestimmung.  
Schluß 6 Uhr.

## Preußischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung vom 8. März.

Am Ministertische: Dr. Deibred.  
Präsident v. Kroschke eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Das Haus erledigt zunächst eine Reihe von Wahlsprüngen. Gemäß dem Kommissionsantrag werden für 6 Uhr 15 Minuten die Wahlen der Abg. Otto, Tuerke, v. Britznitz u. Gaffron (Konf.), v. Kroschke (D. v. L.), Graf Kalkreuth, Kobatz, v. Stodhanzen (Ztr.), Schmieding (Nl.) und Kapiza (Vole). Die Wahl des Hg. Wande (Hf.) wird beanstandet.  
Darauf steht das Haus die

### zweite Lesung des Handelsetats

mit der allgemeinen Ausdrucksbeim Titel „Ministergehalt“ fort.

#### Hg. Borgmann (Soz.)

Gegenüber der guten Jenur, die der Minister am Sonnabend hier erhalten hat, halten wir an dem Urteil unseres Kollegen Ströbel fest, daß die Minister nichts sind als die Kommiss der herrschenden Klassen. Die Gegenerschaft der Rechten gegen die Fortführung der Sozialpolitik kennzeichnet ihre soziale Verstandlosigkeit. Herr Maltey hatte den traurigen Mut, zu erzählen, wie gut es den Arbeitern ginge! Dabei sieht doch jeder, daß die Arbeiter die Lohnsteigerung mit erhöhter Gefahr für Leben und Gesundheit und mit ihrem Familienklima bezahlen müssen! Ein Minister, der sich die Anschauungen des Herrn Maltey zu eigen machen wollte, wäre ein Volksfeind und müßte so schnell wie möglich beiseite gehen. (Heiterkeit.) Das Herbergselmen liegt sehr im Argen. Was soll man dazu sagen, wenn in einer solchen Serberge die Bettwärde nur alle 4 Wochen gewechselt wird? Der Redner begründet dann einen sozialdemokratischen Antrag auf Heranziehung von Aemtern und Arbeitern zur Gewerbeinspektion, sowie auf Anstellung mindestens einer weiblichen Kraft in jedem Gewerbeinspektionenbüro. Unser Antrag rechtfertigt sich durch den Mangel der Verhältnisse. Ein Arbeiter, der seinen Lohn veräußert, kommt heute nicht mehr vor. (Zuruf rechts.) Es gibt auch unter Ihnen Käufer! (Heiterkeit.)

#### Hg. Hammer (Konf.)

Herr Borgmann hat sich hier als Vertreter der notleidenden Arbeiter geriert. Das glückliche Gefühl, das er uns eben hier gezeigt hat, ist vom Standpunkt der Sozialdemokratie geradezu vollständig verwerflich. (Heiterkeit.) Die Vorlage des Ministeretats ist viel größer als die der Arbeiterkassen. Gegen die Beteiligung von Beamten an Konjunkturvereinen werden wir immer Sturm laufen. Die geplante weitere Befristung der Sonntagserbe müssen wir ablehnen. Dr. Krüger hat Herrn Maltey versprochen in den Mund gelegt, was er nicht gesagt hat. Das konstitutionelle System wollen wir nicht in der Industrie, denn das wäre ihr Totengräber. Selbst Graf Polodowsky hat auf dem Kongress für soziale Reform gesagt, die schönsten Anregungen kämen von Leuten, die gar nicht die Absicht hätten, die Sozialpolitik zu fördern. (Rufe bei den Soz.: Da meint er Sie!) Hg.

nein! Er meint eher in erster Linie die Sozialdemokraten. Es ist unerhört, daß sich ein Sozialdemokrat hier hinsetzt und erklärt, wir wären in der Sozialpolitik rückständig. (Sehr gut rechts.) Der Redner führt dann zahlreiche Beispiele an über schlechte Arbeitsverhältnisse in sozialdemokratischen Betrieben, insbesondere gittet er die Aeußerungen von Mehlführer über die Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei.

#### Minister Dr. Deibred:

Die Wirtschaftspolitik eines großen Staates kann nicht nach einzelnen Erscheinungen beurteilen, sondern nur in ihrer Totalität. Jede Wirtschaftspolitik hat neben einer Reihe von Erfolgen auch eine Reihe von Unbequemlichkeiten im Gefolge, die mit in den Kauf genommen werden müssen. Man muß sich wohl hüten, während einer bestimmten Zeitdauer Eingriffe in die einmal festgelegte Politik zu machen. Man muß sich insbesondere hüten, die Aufhebung der Zölle zu verlangen, nachdem man vorher ihre Vorteile genossen hat. Handel, Industrie und Schifffahrt haben einen glänzenden Aufschwung in den letzten Jahrzehnten genommen, und die Wirtschaftspolitik des Reiches ist in die Höhe gegangen. Die Wirtschaftspolitik des Reiches ist auch ein Erfolg unserer Wirtschaftspolitik. Man kann verstehen, daß man jetzt die Kräfte besonders zu berücksichtigen sucht, die nicht die vollen Vorteile von unserer Wirtschaftspolitik gehabt haben. Darin liegt in erster Linie die lachliche Berechtigung einer veränderten Mittelstandspolitik. (Sehr richtig! rechts.) Die Interessen durchsetzen sich vielfach. Selbst in meinem Nestort! Daraus ergibt sich für mich die Verpflichtung, nach großen Rücksichten die Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dieses Ziel werde ich verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, daß ich auch von diesem oder jenem meiner Freunde angegriffen werden sollte. (Beifall.)

Der Minister geht dann auf die in der Debatte aufgetauchten Einzelheiten ein. Die Bäderverordnung solle in der Uebergangszeit möglichst milde gehandhabt werden. Die Behörden seien angewiesen, bei Vergeltung von Arbeiten das Handwerk tunlichst zu verhalten. Der Wohnungssektor werde vorbereitet. Er könne vielleicht im nächsten Herbst vorgelegt werden. Den Beamten könne die Beteiligung an Konjunkturvereinen nicht völlig verboten werden. Handwerkschulen seien notwendig und nützlich, wenn sie einem beruflichen Bedürfnis entsprechen. Herr Korff ist irre, wenn er meine, die Gewerbeaufsichtsbeamten hätten es nicht verstanden, sich den Wünschen der Arbeiter zu erweiden. Die allgemeinen Anschuldigungen des Herrn Borgmann nähmen der Sache nichts. Recht habe er darin, daß der Alkoholmißbrauch in der Arbeiterkassen zurückgegangen sei. Herr Korffant vergesse, daß gerade in Oberhessen viel Schnaps getrunken werde. Die Polen sprechen oft sehr gut deutsch, verstanden das aber. Der Minister führt hierfür einige Beispiele aus seiner Praxis an. Ein Dienstmädchen, die vor einem Jahre als beste deutsche Schülerin prämiert wurde, wollte auf einmal nicht Deutsch können. Polnische Bauern forderten einmal Verhandlung durch den Dolmetscher. Als dieser nicht richtig übersehte und darüber wurde ihnen in deutscher Sprache zur Rede gestellt wurde, riefen sie freudstrahlend: So ist's, Herr Landrat. (Große Heiterkeit.) Der sozialdemokratische Antrag bittet der Minister abzulehnen. Auch die Heranziehung von Arbeitern zur Gewerbeaufsicht sei unzulässig. Herr Borgmann habe ihn einen Volksfeind genannt. Das Volk bester aber nicht nur aus Händen, sondern auch aus Köpfen. Die Regierung werde immer die Interessen der Arbeiter fördern, aber darüber nicht die Interessen der Wohlthäter der anderen Volkstheile vergessen. (Leb. Beifall.)

#### Hg. Pieper (Ztr.)

Die neue Statistik erweist die Lebensfähigkeit des Handwerks. Deshalb wird wir für die Förderung der Handwerker-Gesellschaften durch den Minister. Hoffentlich folgt er auch für baldige Durchführung der Versicherung der Privatbeamten. Die Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten und die Anstellung von Gewerbeärzten ist zu wünschen, ebenso die Unterstützung der konjunktionsellen Jugendvereine. (Beifall im Ztr.)

#### Hg. Dr. Hiesch-Essen (Nl.)

Die vom Abg. Maltey empfohlene Vorrichtung im Ausbau unserer Sozialpolitik scheint auch mir gut. Auch seinen Hinweis auf den Wert einer billigen Landwirtheitsfür die Industrie unterschreibe ich. Die Sozialdemokraten, die jetzt nach mehr Sozialpolitik rufen, haben gegen die sozialpolitischen Grundgesetze gestimmt. Billige Lebensmittel sind nicht die Hauptfrage für die Arbeiter, sondern reichliches Arbeitsvermögen. Die Handelsverträge haben in einzelnen Industrien tatsächlich zur Errichtung von Auslandsfabriken geführt. Die Rohstoffpreise müssen wir behalten, noch wichtiger aber ist für die Eisenindustrie die Verbesserung der Transportverhältnisse. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich darauf auf Abend 10 Uhr.  
Nach einer persönlichen Bemerkung des Hg. Borgmann (Soz.) schließt Präsident v. Kroschke die Sitzung mit den Worten: 10 Uhr, meine Herren, auf Wiedersehen! (Große Heiterkeit.)  
Schluß 10 Uhr.

## Ausland.

### Das Ende des britischen Freihandels.

Drei der besten und sichersten Beobachter der englischen Verhältnisse, die Londoner Korrespondenten der „Newport Sun“, des „Newport Herald“, und der „Newport Tribune“, haben ihren drei Blättern gleichzeitig, daß die Tage des Freihandels in England gezählt seien. Alle drei stimmten darin überein, daß die gegenwärtige liberale Regierung das Vertrauen des Landes vollständig verloren habe, so daß die Bildung eines Ministeriums der Konservativen an Staatsruhr zu erwarten sei. Die öffentliche Meinung richte sich gegen den Freihandel, so daß die erste Maßregel der nächsten Regierung die Einführung von Schutzzöllen sein werde.

### Serbiens neueste Wünsche.

Konstantinopel, 8. März. Der kaiserliche Minister des Aeußeren, Handelsminister Vorabinglan, erklärte zu einer in Ausdrücklichen Wärttern aufgetauchten Reden von den Befriedigung der serbischen Ansprüche durch Abtretung eines Streifens des Sandjak-Sandjak, der Worte sei hierüber nichts bekannt, und es sei vollständig ausgeschlossen, daß die Türkei darauf eingehen würde. In dieser Form auftretende Gerüchte seien auch nicht glaubwürdig. Es könne höchstens um die Sandjak-Wanderung gehen. Die Serben hätten früher den Wunsch geäußert, diese Linie selbst zu bauen, um eine Verbindung mit dem Meer zu haben. In letzter Zeit sei jedoch davon nicht mehr die Rede gewesen. Die Türkei müsse auch dieses Projekt ablehnen, da sie die Linie selbst auszuführen beabsichtige und die Linie bereits in dem der Kammer vorgelegten Exploé der geplanten Bahnbauten angeführt sei.

Belgrad, 8. März. Die Idee einer Verbindung mit dem Meer und mit Montenegro über das Sandjak tritt

hier mehr und mehr in den Vordergrund; namentlich beschäftigt man sich in Deputiertenkreisen sehr eifrig damit. Indessen täuscht man sich nicht darüber, daß ihre Durchführung kaum möglich sein dürfte, da sie schon von türkischer Seite abgelehnt wurde, als sie kaum aufgetaucht war. Immerhin will man sie den Großmächten zur Begutachtung vorlegen, denn die allgemeine Devise lautet hier nach wie bisher auch immer: führen soll.

### Vom Aufstand in Indien.

Die allgemeine Lage in Indien wird von Tag zu Tag gefährlicher. Die Aufmerksamkeit der Eingeborenen Agitatoren ist vorwiegend auf Alipore konzentriert, wo mehrere Indier ihrer Prospektierung wegen Vödersprache entgegenhören. Die Eingeborenen planen Attentate gegen den vorstehenden englischen Richter und gegen die englischen Gerichtsbeamten. Die Behörden kamen zur Kenntnis dieser Pläne und ergreifen die unpassendsten Maßnahmen gegen die Agitatoren. Die Wohnung der Richter wurde am Freitag von Tag und Nacht auf das strengste überwacht. Am kommenden Mittwoch werden die Agitatoren eine versammelte Versammlung abhalten, um die allgemeine Erklärung zu fassen. Der Vikarönig von Indien, der sich auf der Jagd befindet, wird mit einem noch nie dagewesenen Aufwand von Schutzmaßregeln überwacht. Hunderte von Polizisten gegen den Vikarönig immer voraus, um die Gegend zu säubern, die er mit seinem Besuch besucht. Wenn er im Automobil reist, wird der ganze Weg von Polizisten und Soldaten bemacht. Wenn er nachts reist, werden Straßen den ganzen Weg entlang gehalten, damit nichts in der Dunkelheit passiert. Alle diese Maßnahmen werden ein beachtliches Licht auf die gefährlichen Zustände, die sich in Indien entwickelt haben.

### Ein neues Delagoa-Abkommen.

Durban, 8. März. Wie der „Natal Mercury“ erzählt, wurde am Freitag in Johannesburg ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Eisenbahn und der Hafen von Lourenço Marques (in der portugiesischen Kolonie Mozambique an der südafrikanischen Küste) von den Engländern als ein Teil des Bahnsystems der südafrikanischen Union übernommen werden soll. Delagoa behält 50 Prozent Anteil vom Transvaalport.

### Kleine Tagesnachrichten.

Der tüchtige Minister des Auswärtigen Rifaat Pascha wird seinen Aufenthalt in Petersburg verlängern, um Bulgariens Entschädigung mit Russland definitiv zu regeln.

## Halle und Umgebung.

Salz a. S. 9. März.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Am Vorkandisch der Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Oberlehrer Professor Dr. Bangert und Fabrikant G. Reher.  
Wieder vorgelegt wird eine Eingabe des 3. kommunalen Vereins, die für die Bebauung des ehemaligen Zuckerfabriker Grundstücks Vorschläge macht. Die Sache wird noch einmal auf 4 Wochen zurückgelegt.

Herr Otto Schumann bittet in einer Eingabe die Durchlegung der Eichenborststraße nach der Keilstraße zu beschließen oder aber die gesamten Anlieger zu den Straßenausbaukosten heranzuziehen. Die Petition geht an den Bauausschuß.

Dem Magistrat ist eine Vorlage eingegangen, daß er den Antrag, 3000 Mark zum Empfang der englischen Geldscheine zu bewilligen, zurücklegt, weil es neuerdings ungewiß geworden ist, ob und wie lange die Herren Halle belaufen werden.

Die Disposition der Maler der Maler sagt, daß durch den langen harten Winter für die Arbeiter die Arbeitslosigkeit außerordentlich lange währt; hängt nun haben die arbeitslosen Kollegen gehofft, zur Beilegung des Schnees eingestellt zu werden, aber die Hoffnung sei ihnen zu nichte gemacht. Die Verrenten geben der Erwartung Ausdruck, daß die Schneehöhe genügend in Angriff genommen und damit Arbeitslosen Beschäftigung gegeben wird; die Not dränge.

Die Angelegenheit soll im Laufe der Sitzung verhandelt werden.

Danach gibt Herr Stv. Engelke als Referent des Etatsauschusses bekannt, daß gemäß der Nachprüfung der neue städtische Etat mit

10 262 300 Mark

abgeschlossen.  
Anmehrer tritt man in die Tagesordnung ein. Unter Punkt 1 referiert Herr Stv. v. Blume über den Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der im Stadt bestehenden

### Wohnungsverhältnisse

und zur Ermüdung von Maßnahmen, die zur Beseitigung der vorhandenen Mißstände geeignet sind.  
Redner führt aus: Die Wohnungsfrage ist eine der fundamentalsten, die Wohnungsfrage eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden. Hausbesitzer und Mieter sind sich darüber einig, die körperliche, sittliche, geistige Gesundheit unseres Volkes hängt von den geliebten Wohnungen ab. Tatsache ist, daß hier Mißstände bestehen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist sehr gering, wenig mehr als 1 Prozent. Die Volkswirtschaft stellt als Norm 3 Prozent auf; links die Zahl darunter, so sind das ungelungene Verhältnisse. Aus allen Schichten der Bevölkerung hört man: Wir bekommen keine geeigneten Wohnungen. Arbeiter konnten nicht heiraten, weil sie keine Wohnung fanden. Rentiers wandten sich von Halle ab aus dem Grunde, weil sie keine passende Wohnung fanden. Obwohl Hausbesitzer wie Mieter leiden unter solchen Mißständen. Es ist eine bringende Notwendigkeit, die man nicht weiter einmischen lassen darf. Sollte sich in der Zahl der leerstehenden Wohnungen unter allen Großstädten abheben. Namentlich stellt es an kleinen und mittleren Wohnorten. Die Mieten steigen angelehnt solcher Verhältnisse stark. Viele Städte haben schon begonnen, Reformen einzuführen. Es muß etwas geschehen. Unsere Bauordnung muß verbessert werden. Oft wird durch die der Bau sehr

leuert. Wir müssen eingreifen und in richtiger Weise die Stadterweiterung durchführen. Die Stadt muß die Grundstückspreise regulieren, um rapides Steigen und Fallen zu verhindern. Wir müssen darauf achten, daß die Wohnungen im Zustand bleiben, der menschenwürdig ist. Wohnungen im einer Kontrolle. Man darf aber nicht die Wohnungen sperren, schlechte Häuser niederreißen, schlechte Wohnungen zerstören. Die Stadt soll nicht selbst die Erträge geschaffen werden ist. Die Stadt soll nicht selbst das hat sich nicht bewährt, aber sie soll sich einen Namen machen als das Baugewerbe sichern, der fördernd wirkt. Einmal auf die Bildung einer Kommission vor, die aus Stadtmehrern und Bürgern bestehend Schritte zu bezeichnen hat. Der Magistrat hat genug zu tun; hier müssen wir die Initiative ergreifen und selbst eine vorbereitende Kommission einrichten, die mit 11 Mitgliedern entsetzt; Bezugs, Baupolizeibehörde usw.

Herr Oberbürgermeister Dr. Riese: Es ist demnach, daß Herr v. Blumke die Materie angefaßt hat und zur öffentlichen Aussprache bringt. Die Frage beschäftigt uns im Magistrat schon lange; sie hängt eng zusammen mit der

### Neugefaltung der Baupolizeiordnung.

die zu erledigen eine Spezialkommission eingeleitet ist. Es dürfte nicht zweckmäßig sein, jetzt noch eine besondere Kommission einzuladen. Wir haben vielfach Erkundigungen eingezogen, wie die Wohnungsvorlage in anderen Städten geregelt ist. Es stellen sich folgende Mittel dar: Die Stadt gibt Grund und Boden zu billigen Preisen zur Errichtung von Wohnhäusern an. Aber das ist zunächst nicht getan. Der Bauunternehmer verlangt zur Gründung des Kaufvertrages für das Terrain auch noch Baugeld. Ein zweites Mittel ist die Unterbringung von Baugewerkschaften. In Halle befinden sich zwei solche Gesellschaften, jetzt nur noch eine, und wieviel ich informiert bin, sind ihre Verhältnisse nicht so geartet, daß sich die Stadt bereit bereit lassen wird, unterstützend einzugreifen. Wenigstens ist ein solcher Antrag im Magistrat nicht akzeptiert worden. Der dritte Weg ist, daß die Stadt selbst Häuser baut und vermietet. Soll die Stadt aber wirklich sich auf spekulative Gebiet begeben, soll sie dem freien Baugewerbe Konkurrenz machen? Das gibt zu Bedenken Anlaß. Ein Gesichtspunkt verdient in dieser Frage meiner Ansicht nach vor allem betont zu werden: die

### Einführung einer Wohnungsinpektion.

Sie arbeitet in vielen anderen Städten schon mit gutem Erfolg. Und wir werden uns ein soziales Verdienst erwerben, wenn wir sie gleichfalls einführen. Wir haben in den betreffenden Städten angefragt nach Art, Dauer und Ergebnis der Wohnungsinpektion. Von 38 Städten liegt uns Material vor, das sehr verschieden ist, aber in einem Punkte lauten alle Auskünfte übereinstimmend: die Wohnungsinpektion arbeitet mit dem größten Erfolge. Die Einrichtung hat sich in den 10 oder 12 Jahren. Es ist jedoch nicht angängig, die Organe des neuen auswärts einfach auf unsere Verhältnisse zu übertragen, weil es ist das soziale Verhältnis zu ändern und Berücksichtigung an allen in die zu lassen Verhältnisse nötig. Es müssen genaue Unterlagen beschafft, genaue Prüfungen vorgenommen werden, und damit ist jetzt unserer statistischen Amt beschäftigt, das die Arbeiten

### Bis zum Mai

abschließen zu können hofft. So viel Zeit ist nötig, zu sicheren Schlüssen. Ende Mai können wir dann an die Einführung der Wohnungsinpektion herangehen. Alle diese Fragen aber, das sei betont, hängen zusammen mit der Reform der Baupolizeiordnung. Es genügt nicht die Einführung einer Wohnungsinpektion, sie steht vielmehr in den intimsten Beziehungen zur Baupolizeiordnung. Wollen wir ein

### Südtisches Wohnungswesen

errichten. So kann das nur Hand in Hand mit der Baupolizei geschehen, unbeschadet der Selbständigkeit des neuen Amtes. Außer dem Wohnungswesen haben jene Städte noch einen Wohnungsinpektor angefaßt, manche nicht und schließlich funktionierten noch eher in der Wohnungsinpektion. Wo die Wohnungsvorlage am stärksten funktioniert, hat man alle vier vorgenannten Einrichtungen. Dabei ist ein Gesichtspunkt besonders hervorzuheben: es handelt sich um keine polizeiliche Einrichtung, sondern um eine magistratuelle Wohnsicherheitsvorlage, die dem Hausbesitzer wie dem Mieter nützen soll. Es hat sich ergeben, daß durch die Kontrolle die Mieter mehr geachtet werden als die Hausbesitzer. Es waren weniger baupolizeiliche Ausstellungen zu machen, als uralte gewöhnliche unfaire Behandlung der Wohnung zu rügen. Man spricht dagegen durch Verletzung, Mahnung und Warnung ein.

Wir sind hier in hohem Grade Beziehung nicht gut bestellt. Der evangelische Arbeiterverein hat 1900 eine Umfrage veranstaltet, die sich nur auf ein Polizeirevier erstreckte. Sie hat recht unangenehme Verhältnisse ergeben. Andersere, überflüssige Wohnungen erhöhen die Sterblichkeit in hohem Maße. In Stuttgart ist mit dem Wohnungswesen ein Wohnungsausweis verbunden, wo jeder Hausbesitzer Wohnungen, die leer werden, anzumelden hat, damit den Mietern, denen ihre Wohnung aus sanitären Gründen genommen wird, sofort eine neue taugliche nachgemessen werden kann. Ob wir dahin kommen, ist eine große Frage. Redner empfiehlt, keine neue Kommission einzuladen, sondern die Frage erst wieder nach Eingehen der Magistratsvorlage zu behandeln.

Herr Stv. Giese: Ich habe die Petition mit unterzeichnet, aber ich weiß, daß nicht viel dabei herauskommt. Die Kommission wird nicht viel fruchtbarere Arbeit leisten. Ob es nötig ist, in Halle eine Wohnungsinpektion einzuführen, erscheint mir zweifelhaft. Daß jetzt die Bauämter nicht darüber liegt, daran tragen die Geldmarktverhältnisse Schuld. Sie wird sich wieder beleben wenn der Geldmarkt sich bessert. Die Stadt müßte schon durch Herabsetzung von Hypotheken zu billigen Zinsen helfen eingreifen, andernfalls blieben Maßnahmen erfolglos. Von den Beratungen der gewöhnlichen Kommission spreche ich mir, wie gesagt, nichts. Die Kommission zur Fortsetzung der Baupolizeiordnung kann die Aufgabe mit erledigen. Ein Nutzen wäre es schon, wenn man zur Ausmerzung der ungesunden Kellerwohnungen die Maßnahmen, die jetzt nur zu einem Drittel ausgeführt werden dürfen, völlig ausführen könnte. Warum gerade 3 Prozent Wohnungen zerstören sollen, das ist nicht plausibel gemacht. Die Wohnungswesen kann in Halle nur nicht so arg sein, denn es sind jetzt noch Wohnungen in erschwerter Zahl zum 1. April zu haben. Der Spar- und Bauverein hat f. St. keine Häuser gebaut, aber er hat schließlich liquidieren müssen, weil die Nachfrage danach nicht genügend, ein Bedürfnis nicht vorhanden war. Im alten

Stadteil gibt es genug noch schlechte Wohnungen, aber die werden allmählich verwinden. Eine

### Wanderung der Saisonordnung

tut dringend not. In der Umgebung der Paulusstraße stehen Straßen in der ersten Zone, die überhaupt nicht ausgebaut werden können, weil die Bauten dort unerhörlich teuer würden.

Herr Stv. Thiele will nicht bloß die Wohnungsfrage ansprechen, sondern die Aufgabe erweitern und zugleich lösen durch Einführung eines Wohnfahrtauswärtigen. Heute betrage die Zahl der leerstehenden Wohnungen nur noch 0,67 Prozent.

Herr Stv. Kober legt dar, daß man keinesfalls mehr kleine Wohnungen entfernen dürfe, ohne Ersatz geschaffen zu haben. Das ist für Obdachlose illusorisch am besten das Bedürfnis nach kleinen Wohnungen.

Herr Stv. Blume zieht mit Rücksicht auf die Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters seinen Antrag zurück. Er soll im Mai wieder aufgenommen werden.

2. Der Antrag des Magistrats, für 226 500 Mk. Terrain (10 Morgen Land) zum Hospital zur Erweiterung des Siechenhauses anzukaufen, wird nach einer Debatte, auf die wir zurückkommen, in den Finanzausschuß gewiesen. (Ref. Herren Stv. Lingeboden und Pfauisch.)

3. Die Verammlung genehmigt, daß der Sächsisch-Thüringischen Aktien-Gesellschaft für Braunkohle-Verwertung von den der Stadtgemeinde gehörigen Parzellen Gemartung Ammendorf-Beelen-Planen, Gemartung Radewell-Obendorf, Siebenhufenplan, Gutsbezirk Beelen eine Anzahl Morgen für bergbauliche Zwecke verpachtet werden. Die Pachtbedingung des Vertrages ist: Für die überlassenen Flächen von 11 Hektar 67 Quadratmeter zahlt die Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft vom 1. April 1900 ab im Voraus eine Nutzungsentwässerung von 80 Mk. pro Morgen (2558 Quadratmeter) und Jahr, für den an diese Flächen angrenzenden Weg eine jährliche Nutzungsentwässerung von 100 Mk. an die Stadtgemeinde. Außerdem hat die Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft für die durch Verlegung dieses Weges entstehenden Wirtschaftserlöse eine am 1. April j. Js. im Voraus zahlbare Entschädigung von 600 Mk. zu entrichten. (Ref. Herr Stv. Kober.)

Punkt 4 wird zurückgezogen.  
5. Die Verammlung beschließt, die Turnhalle auf dem Kopsplatz zur Benutzung als Schanzenkaserne während der im Jahre 1900 stattfindenden Kram- und Viehmärkte an Frau Meta Thurm hier für den jährlichen Mietzins von 2700 Mk. zu vermieten. Im Vorjahre betrug die Miete 2450 Mk. (Ref. Stv. Hertel.)

6. Durch Gemeindebeschluss vom 5. Oktober 1896 ist für das Grundstück Große Mäzzerstraße Nr. 15 — Ecke Kufelstraße — städtischenmässig eine Edeerbredung von 2,0 Meter Schenkelbreite festgelegt worden. Die Verbandspräsident gewerblicher Genossenschaften hier als einzige Eigentümerin des Grundstücks, hat beantragt, die Edeerbredung aufzuheben. Der Genehmigung des Antrags stehen Bedenken nicht entgegen.

Die Verammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Reichardt.)

7. Der Maurermeister August Krefeler hier beabsichtigt, das von ihm ererbte Grundstück an der lückigen Ecke der Reil- und Kopsbüttelstraße zu bebauen. Das Projekt steht, abweichend von der bestehenden Zukunftlinie, eine Edeerbredung und teilweise Freilegung des Vorgartens vor. Mit dem Unternehmer ist vereinbart, daß er die nach der abzuhebenden Zukunftlinie zur Straße entfallende Parzelle von ca. 8 Quadratmeter Größe unentgeltlich an die Stadtgemeinde ausliefert und die Kosten der Befestigung des Landes trägt.

Die Verammlung genehmigt das Abkommen mit dem Zufuhrantrag, daß auch für die gegenüberliegende Ecke eine solche Verbrechung festgelegt wird. (Ref. Herr Stv. Hertel.)

8. Der Zustand des Pflasters in der Liebenauer Straße zwischen dem Rannischen Platz und der Wolfstraße läßt eine Neupflasterung notwendig erscheinen. Die Straßentiefe ist durch die Beschlässe beider städtischen Körperlichkeiten vom 17. Januar 1907 als Einheits festgelegt worden. Die vorausgelagten Kosten können nach erfolgter Neupflasterung und Aufstellung der Abrechnung von den Anliegern eingezogen werden.

Das Kollegium genehmigt die Neupflasterung der Straßentiefe und bewilligt die auf 30,700 Mk. veranschlagten Kosten aus der Anleihe von 1900. (Ref. Herr Stv. Stephan.)

9. Der Zustand der Lafontaine-Straße an der Straße von der Burgstraße bis zum Adolatenweg ist derart, daß eine Neupflasterung dringend notwendig ist. Das Bürgersteiggelände ist zwar teils noch nicht in voller Breite Eigentum der Stadt. Es liegt jedoch, abgesehen von einem Grundstück, bereits frei und ist auch schon befestigt. Jedenfalls kommt aber durch die geplante Neupflasterung des Fahrdammes nur Gelände in Frage, welches der Stadt gehört. Der im Kostenanschlag vorgesehene Betrag für die Befestigung der Bürgersteige wird nur verwendet, soweit das Bürgersteiggelände bereits an die Stadtgemeinde aufgegeben worden ist oder demnächst aufgegeben wird. Die Verhandlungen schweben. Um die entstehenden Kosten nach erfolgter Neupflasterung von den Anliegern einzuziehen zu können, ist es notwendig, daß die Lafontaine-Straße auf der Strecke von der Burgstraße bis zum Adolatenweg als Einheits festgelegt wird. Die Verammlung genehmigt infolgedessen: a) die Neupflasterung der Straßentiefe und bewilligt die erforderlichen Mittel in Höhe von 26 500 Mk. aus der Anleihe von 1900; b) die Festlegung der Strecke der Lafontainestraße als Einheits. (Derlebe Referent.)

10. Der Schuhmachermeister Gulsan Kuhnmann, Mansfeldstraße Nr. 1, bittet um Vergütung des Schadens, der ihm infolge des Umbaus der Klausbrücke entstanden ist und sich auf 500 Mark beläuft. Wie der Referent, Herr Stv. Thiele namens des Petitionsauschusses berichtet, ist der Schaden nicht nachgewiesen. Er beantragt Übertragung zur Tagesordnung. Die Verammlung beschließt demgemäß.  
11. Der Kaufmann Ottomar Brehmer hier Leipzigerstraße Nr. 43 bittet um Erlass der Konzeptionssteuer. Der Petitionsauschuß hat, wie Herr Stv. Kelle darlegte, eine Entscheidung getroffen. 3 Stimmen fanden gegen 3. Es entwickelte sich eine lebhafte Debatte, aus der wir einiges nachtragen. Schließlich entschied sich die Verammlung die Eingabe dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Punkt 12 fällt aus.

13. Der ehemalige Denkmalswärtter Emil Heron bittet nochmals um Bewilligung einer laufenden Rente. Die Verammlung beschließt Übertragung zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Kober.)

Punkt 14 fällt aus.

15. Die Magistratsreferate Dehler, Schnitzer, Kleine, Knoblauch, Köhler, Gürtler, Balchauer, Gausche, Beder und Jander bitten um anderweite Regulierung ihrer Gehaltsverhältnisse. Nach längerer Debatte erledigt die Verammlung die Petition durch Übertragung zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Giese.)

Alle anderen Punkte werden wegen vorgerückter Zeit abgelehnt.

Es wird danach ein Initiativantrag der Herren Stv. Emmer und Genossen verhandelt:

Der Magistrat wolle die Deputation für das Straßenkehrwesen anweisen, daß die Befestigung von Schnee und Eis von den Straßen sofort in Angriff genommen wird.

Herr Stv. Emmer begründet seinen Antrag und vertritt zugleich die eingangs erwähnte Petition der Maler. Die Zustände seien traurig. Doch heute liegen die Schnee- und Eisberge in den Straßen und hindern den Verkehr. Das Jungvieh muß sich fürchten plagen; die Geschirre fahren fest. Die Arbeiter hungern auf der Straße. Arbeit ist genug da, aber der Dejnere der Straßenreinigung achtet das nicht, sondern hat die Leute nur einen einzigen Tag arbeiten lassen. Jetzt läßt er lieber den Schnee liegen, als daß er Arbeitslose einstellt. Mit den Straßendammen ist's auch keine Sache! Herr Oberbürgermeister Dr. Riese hat vorigen Montag feierlich erklärt: Die Schulleute machen erst den Hausbesitzer aufmerksam, sie fordern ihn wiederholt auf. Aber in vielen, vielen Fällen ist's gleich mit den Straßendammen losgegangen und nicht mit der Vermahnung. Was nützen da die feierlichen Versicherungen des Herrn Oberbürgermeisters? Die Zustände in anderen Straßen sind jetzt geradezu handlungsunfähig.

Herr Oberbürgermeister Dr. Riese: Die Schulmannschaft ist angewiesen, zu vernahmen und nicht gleich anzugehen. Wenn jemand allerdings hartnäckig ist, dann muß mit Straßendammen vorgegangen werden; denn alles hat seine Grenzen. Gemäß und auf einzelne Fälle vorgekommen, wo die Aufforderung unterlassen ist, aber das liegt nicht an der Instruktion, sondern der betreffende Schulmann hat seine Anweisung nicht befolgt. Unter 300 Schulleuten gibt es auch mal solche, die nicht die Anweisung befolgen und unrichtig verfahren. Daß so etwas nicht vorkommt, dafür kann ich mich nicht verbürgen.

Herr Stadtrat Grote erklärt, daß es mit der Schneebefreiung bei uns nicht schlechter stünde als in anderen Städten, z. B. Leipzig. Am Mittwoch habe man mit den vorhandenen 32 Pferden und 145 Mann der Straßenreinigungsolonne die Aufgabe nicht mehr bewältigen können und deshalb eine Anzahl Schneefräser eingestellt und Privatgeschirre angenommen. Aber man sah sich einem

### Ring der Fuhrhalter

gegenüber. Früher bezahlten wir 1,25 Mk. für eine Fuhr, die gleich in die Einfallsstraße abgeladen werden konnte, 1,65 Mk. für eine Fuhr hinaus vor Tor auf Abfallberge. Dieses Jahr verlangen die Fuhrhalter 2 Mk. im ersten 250 Mk. für den leeren Fall. Die ererbten, hohen Forderungen — unsere Geschirre machen 21 Fuhrten pro Tag! — wollten wir nur solange bezahlen, als es unbedingt nötig war. Nachdem wir am Mittwoch die Hauptstraßen frei gemacht hatten, haben wir die Hilfsträfte entlassen. Das hat uns sehr leid getan, es ging aber nicht anders. Im nächsten Jahre werden wir den Kalamitäten gerüstet gegenüberstehen.

Es entwickelt sich noch eine äußerst heftige Diskussion, in der namentlich die Herren Stv. Thiele und Oberbürgermeister Dr. Riese eine Polemik von ungewöhnlicher Schärfe miteinander führen.

Schließlich wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Auf die Debatte kommen wir im Abendblatt ausführlicher zurück.

Gegen 9 Uhr schloß die Verammlung.

### Inbetriebnahme des neuen Amtsgerichts.

Nach einer uns zugegangenen amtlichen Mitteilung werden die Strafabteilungen des Amtsgerichts Halle a. S. sowie die Amtsanwaltschaft in der Zeit vom 15. bis 17. März 1909 nach dem neuen Strafgerichtsgebäude, Kleine Steinstraße 7, überföhren.

Der Umzug hat selbstverständlich eine nicht unerhebliche Störung des Geschäftsbetriebes zur Folge; es liegt im eigenen Interesse der Gerichtseingesessenen, in jener Zeit sich des schriftlichen und mündlichen Anbringens von Anträgen pp. — mit Ausnahme von schleunigen Sachen — zu enthalten.

### Wettbewerb zum Schutz der Tiere und gegen die Viehdiebstahl, Ortsgruppe Halle a. S.

Am 4. März fand im Reform-Restaurant die zweite Mitgliederverammlung der neuen Ortsgruppe des Wettbewerbes statt, an der 26 Personen teilnahmen. Nach Eröffnung der Verammlung teilte der Vorsitzende mit, daß dem neuen Verein bereits Gelegenheit geboten wurde, sich praktisch zu betätigen, und zwar in Bewilligung einer Spende zur Beschaffung von Futter und Lagerstroh für die in der Heide lebenden Rinde, denen der diesjährige langandauernde strenge Winter große Not bereitet hat.

Als Hauptpunkt der Tagesordnung folgte nun die Erörterung der Frage: Ist der Tiererschutz berechtigt und notwendig? Das Thema wurde von einem Mitgliede des Vereins eingehend behandelt. Die Ausführungen gipfelten darin, daß der Schutz der Tiere in allen Fällen berechtigt sei, in welchen der Mensch in die Lebensbedingungen der Tiere eingegriffen habe. Der Redner wies diese Berechtigung aus naturwissenschaftlichen, philosophischen, sittlich-ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen nach. Ebenfalls über die Tierwelt des Menschen selbst müßte der Redner zu sprechen sein, was er auch tat. Er wies auf die ursprünglichen Lebensbedingungen herausgedüngten Tiere nicht mehr in vollem Maße fähig seien, sich gegen äußere Einflüsse selbst zu schützen und den veränderten Verhältnissen im Kampfe ums Dasein anzupassen. Sämtlich aber sei der Tiererschutz notwendig, aus dem Tier vor der Selbsttötung der Menschen zu schützen, aus dem die meisten Tierquälereien und Grausamkeiten entpringen. — Im Anschluß hieran folgte noch eine kurze Besprechung über das eigenartige Wesen der Tiere. Um den Mitgliedern möglichst Gelegenheit zu geben, sich Aufklärung und Belehrung über das Leben und den Schutz der Tiere zu verschaffen, wurde der Antrag gestellt, eine eigene Vereinsbibliothek zu gründen. Der Beschluß hierüber wurde jedoch bis zur nächsten Verammlung vertagt. Hierauf wurden noch einige am hiesigen Orte jüngst vorgekommene Tierquälereien mitgeteilt, und den Anwesenden angelegentlich empfohlen, bei allen Tierquälereien möglichst sofort persönlich einzuschreiten. Auch die Gründung von Jagdclubs wurde in Erwägung gezogen. Zum Schluß wurde noch das Gedicht: „Die Klage des Pferdes“ vorgelesen und beschloßen, dasselbe in Plakat-

form drucken zu lassen und an Fußhebern, Gefährten u. a. zu verteilen.

Die im Verlage von F. M. I. H. erscheinenden „Hallischen Nachrichten“, die über Gesundheitspflege, Naturkunde und andere Lebensformen berichten, werden auch über die Tätigkeit der neuen Ortsgruppe des Bundes regelmäßige Berichte bringen und den Mitgliedern dieser Gruppe unentgeltlich zugestellt werden.

Das Grundstück Ecke Mauerstraße—Mittelstraße, ehemals Schell'sche Bäckerei, ist in den Besitz des Herrn Rentier Richard Thurm, übergegangen. Herr Thurm beabsichtigt dieses Grundstück in Verbindung mit dem daneben liegenden Gebäude, welches schon vor Jahren in seinen Besitz überging, niederzulegen und dort einen neuen Prachtbau aufzuführen, der zur Verschönerung der Promenade und der ganzen Gegend beitragen wird.

Jungens Wild. Wie sehr unsere Tiere unter der Ungunst der Witterung zu leiden haben, beweist folgender Fall. Am Sonntag wurde von drei jungen Herren und einer Dame in der Höhe ein ermatteter Hase gefangen, der fast verhungert und erfroren war. Die mittelgroßen Kinder gaben das arme Tier beim Förster in Dolau ab, unter besten Pflege es sich hoffentlich bald erholt.

Der Gartenbau-Verein Halle a. S. lädt zur Monatsversammlung auf heute abend nach dem „Hotel Kronprinz“ (Evangel. Vereinshaus), ein. Herr Dr. Goltz, Privatdozent an der Universität, spricht über „Feld- und Gartenbewässerung in Nordamerika“.

Der Verein ehem. Angehöriger des Königl. Sächs. 2. Infanterie-Regiments Nr. 19 (fr. 2. Reiter) hält am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, seine Monatsversammlung im Vereinslokal Dorostienstraße 10 (Schwarzes Koh) ab. Besprechung betr. Beteiligung am Stiftungsfest des 19. Infanterie-Regiments Leipzig am 18. März im Centraltheater. Dem Verein noch fernstehende ehem. Regimentskameraden sind willkommen.

Verband Halle-Führungen der Deutschen Reichs-Gesellschaft. Die ordentliche Vorstandswahl am 10. März findet Donnerstag, den 11. d. M., abends pünktlich 8 1/2 Uhr im eigenen Heim des Verbandes, Kleiner Saal im Dörfelhof des Städtischen „Friedenbergs Garten“, Friedenstraße 1—5, statt; es haben alle ordentlichen Vorstandsmitglieder Zutritt.

### Aus dem Lesekreis.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt ab Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einzelner verantwortlich.)

Erwiderung auf den „Körner“ der anderen Fakultät im Generalanzeiger.

Ein Anonymus, der sich „Körner“ von der anderen Fakultät unterschreibt, hatte im Generalanzeiger vom 6. März gegen mein „Eingeladen“ in der Saalezeitung vom 3. März protestiert. Gegen die unglücklichen und die Laifachen entstellenden Ausführungen des Herrn erwiedere ich folgendes:

Erstens geföre ich nicht zu den 200 Hausbesitzern, die mit Strafmandaten wegen Nichterschens bedacht und bestraft sind. Ich bin überhaupt wegen Nichterschens noch nie angezeigt und bestraft worden. Zweitens ist in meinem „Eingeladen“ deutlich das Angen und Breiten gelegt, daß die Bewohner der Friedenstraße ordnungsgemäß den Schnee weggelassen und mit dem Besen gefehrt hätten. Der Herr „Körner“ ignoriert diesen Hauptpassus, daß wir gefehrt hätten, vollständig, sagt vielmehr: „Der Zorn des Herrn Privatdozenten ist leicht zu verstehen, vielleicht ist geföhrt er zu den 200 Hausbesitzern, welche trotz der Forderung der Polizei den Schnee und des Eis nicht von dem Bürgersteige ihrer Grundstücke entfernen liehen und deshalb ein Strafmandat erhalten.“ Also, Herr „Körner“, etwas mehr Logik, mehr Aufmerksamkeit beim Lesen und geföhres Referieren! Es ist davon die Rede, daß wir Bürger gefehrt hätten und besser gefehrt als die Stadt. Also, Generalanzeiger, man verzeihen! keinen Nachschuß der Begründung mit vieldeutlich, der eine woge, persönliche, aus der Luft gegriffene Vermutung ist. — Uebrigens, was heißt das: „Das lästliche Rekrutinst hat in diesem Winter im allgemeinen seine Aufgabe erfüllt.“

Der Winter hat bekanntlich durch den Schnee erst jetzt seine Probe an das lästliche Rekrutinst gestellt. Diese Probe ist wohl nicht zur Zufriedenheit ausgefallen.

Dr. Sch.

### Theater und Musik.

#### Pater Jukundus.

Ein Klosterkloster in 4 Akten von Anton Dorn. Der in schwärzlichen komischen Chemiker Professor und Schriftsteller Anton Dorn, von dem wir auf unserer Bühne vor Jahren viele Male die wirksamsten Bräuer von St. Bernhard und mehrmals den schwärzlichen Akt von St. Bernhard sahen und der noch im vorigen Winter mit dem komischen „Wajunger Krieg“ fröhlichen Beifall von vollen Häusern erntete, kam uns am Sonnabend mit einem neuen, lustigen Schwan aus der Welt der Rutenrätter. Dieser Pater ist an sich schon neu und reizvoll, von bühnengeschichtlichen Händen kann er sehr wirksam gestaltet werden und bei der Fülle unserer sämtlich über einen Leisten geschriebenen, nicht immer sehr moralischen Schwänke als angenehme Abwechslung sogar zu einem Zugut zu geben. Dorns „Pater Jukundus“ hat vielleicht die glückliche Los. Nicht daß auch manche Länge und manches Mißverhältnis in den komischen Situationen und Komplikationen des ersten und des letzten Aktes nicht zu verzeichnen, so gibt doch jedenfalls ein: Das Stück hat einen sehr guten zweiten Akt in ungemüßlich prudenber Frische der Komik in Dialog und Szenenführung und äußert lebendige Wirkung. Auch der dritte Akt kommt wieder Höhe beinahe noch gleich. Der erste exponierende und der zweite moralisierende Aufzug sind geringer.

Die Fabel des Stückes ist ein abstoßendes Patznotensherrn, der Aufführungsbesidehnd und zweiten bezeugt, in ein kleines Franziskanerkloster auf seiner neu erworbenen Besitzung. Mit Widerwillen gegen die faulen, fetten Rutenrätter trat er ein, doch es gefällt ihm so sehr bei den braven, menschlichen Menschen, die so gar keine Mäuer und Wächter sind, daß er — Gebante eines fröhlichen Gelages mit den Patres et Fratres — sogar selber eine solche Kutte anzieht als „Pater Jukundus“, wie ihn die andere fröhlich taufen, Mönch mit den Mönchen zu sein.

Natürlich nur aus Scherz. Doch der Iose Spaß schafft ihm bittere Stunden, denn der strenge Provinzial der Franziskaner überfällt die Pöblizierenden und nimmt den „Pater Jukundus“ ins Gebet. Der Herr Patron läßt sich weder hinein, heraus und wieder hinein. Schließlich wird er, als falscher Mönch entdeckt, sogar des Mordes an — dem Herrn Patron beschuldigt und eingekerkert. Im rechten Augenblick findet er seine Kleider und seine richtige Kutte wieder und mit einer Moral flieht der Schwanz. Eine niedliche Liebesgeschichte voller Schwärmerie läuft neben dieser Hauptabhandlung her und entwirrt sich in ihr.

Die Darstellung hatte interessante Momente. Geradezu musterhaftig als lebensgroßer Pater Fabian war Walter Sieg, eine köstliche Toppe des Mönches, wie ihrer ab und zu wohl ein paar in der Kutte festten, beliebt bei allen und geliebt von allen. Karl Schölling, den wir lange in seiner größeren Rolle sahen und der uns am Sonnabend zu seinem Vortragsabend einen seltenen Genuß verleiht, gab einen Patronatsherrn von festem Kern, rauher Schale und goldiger Komik. Pater Gerhard von Wadbert Lenz, der seine Episode trefflich gestaltete, ließ gleichfalls mit Anerkennung erwähnt. Auguste Thierri hätte distreter im Spiel und damit feiner in der Wirkung sein können. Von der übrigen Besetzung ist nichts Besonderes zu sagen. Anton Dorn nahm an der Aufführung teil und zeigte sich zum zweiten Akt an unter höchstem Beifall mehrmals denkwürdig dem aufbehaltenen Hause. Nach dem zweiten Akt wurde ihm ein Vorbertrafz gereicht.

Das Stück dürfte, nach seiner Aufnahme zu urteilen, eine Anzahl Wiederholungen an unserm Stadttheater erleben.

Paul Schaumburg.

## Provinzial-Nachrichten.

### Zum Gedächtnis Bruns von Querfurt.

(Querfurt, 7. März. Dienstag ist der 900jährige Geburtstag des Märtyrertodes des großen deutschen Missionars aus dem Zeitalter der Sachsenkaiser, Brun von Querfurt, der vom Schwärzen Meer bis hin nach Preußen gewirkt hat. Um 3 Uhr nachmittags wird in der in ihrer Anlage auf ihn zurückgehenden Schloßkirche ein Gottesdienst stattfinden, bei dem Generalsuperintendent D. Jacobi aus Magdeburg die Festpredigt halten wird. Die Enthüllung und Uebergabe eines Gedenksteines an den Regierungspräsidenten sowie ein Vortragsabend (8 Uhr) werden sich anschließen. Am Vormittage wird eine der Stadt gehörende Brottafel an die Straße entzückt werden. Diefelbe ist von Lauchhammer hergestellt.

Die Geschichte des Mannes, der ein Geding des sächsischen Handels war, ist auf Grund eingehender Quellenforschung dargestellt in dem Buche von Prof. D. Voigt, Halle: „Brun von Querfurt“ (Stuttgart 1908). Bezüglich seiner Missionswirksamkeit und der Sätze seines Todes bietet noch eine Ergänzung die Abhandlung des Genannten, „Brun von Querfurt als Missionar des römischen Ostens“ (Brag 1908). In dem zuerst erwähnten Buche finden sich sorgfältig deutsche Uebersetzungen der für die Geschichte überaus interessanten Schriften Bruns, sowie der ältesten Quellen über ihn, auch eine Reihe von wertvollen Abbildungen.

### Wasserangel.

— Greiz, 7. März. In unserer Reibungsstadt ist wieder Wasserangel eingetreten, so daß das Wasserrohrnetz tagsüber gesperrt und nur von 5—8 Uhr morgens, von 11—1 Uhr mittags und von 6—8 Uhr abends offen gehalten wird.

### Weihenfels, 8. März.

(Anguld beim Schlittenfahren.) Auf der ziemlich steilen Raumburger Straße kürzten zwei Knaben beim Schlittenfahren. Der eine von ihnen soll beide Beine getrieben haben.

### Dierfeld, 7. März.

(Schmerer Hufschlag.) Einen bösen Hufschlag nahm heute nachmittags im beschatteten Corbeurg eine Schlittenpartie. Der Landwirt Fröhlich aus Görzchen war mit mehreren Personen durch Corbeurg gefahren. Wie verlautet, wurden die Pferde durch Werfen mit Schneebällen ihm, wobei ein Pferd auslief und Fröhlich bermalen an den Kopf trat, daß die Schneebälle ein geschlagen wurde. Fröhlich wurde besinnungslos in das Krankenhaus gebragt.

### Mienfelde (Altmark), 5. März.

(Eine unversehrte Frau.) Der Arbeiter D., der in seinem kleinen Häuschen so pünktlich vom Bodenwasser versorgt worden war, daß er mit seinen Kindern nur das nackte Leben retten konnte, ist bei Anwesenheit der Kaiserin in Dierburg in sein Haus gekommen — die Frau liegt im Krankenhaus — vorgestellt worden. Die Kaiserin unterhielt sich mit ihm und überreichte den Kindern ein Geldgeheim. Bei der eiligen Flucht hatte der Mann nicht einmal sein Haustier, die Ziege mitnehmen können. Er hatte sie in aller Eile auf den Boden gebracht, Wasser hingestellt, und zu beiden Seiten zwei riesige Bunde Stroh befestigt. Als er dieser Tage nach dem Tier sehen wollte, hatte es zu seiner großen Freude während der Einsamkeit für — Familienumwachs geföhrt. Zwei muntere Ziegenkammer kamen ihm, als er den Boden betrat, entgegengepöpst.

### Zeetz (Altmark), 5. März.

(Der vorreife Klapperstorch.) In einem Nachbarorte wollte ein junges Brautpaar sich die Hand zum Bunde des Lebens reichen. Der Tag der Hochzeit war sehr geföhrt, über 200 Einladungen zur Teilnahme an dem fröhlichen Feste ergangen. Da — einen Tag vor der Hochzeit — konnte die junge Braut ein bis dahin sorgfältig gewahrtes Geheimnis nicht mehr verbergen: es stellte sich zu ungelegener Zeit der Klapperstorch ein. Selbstverständlich wurden sofort alle Vorbereitungen eingestellt.

### Stolberg (Harz), 7. März.

(Rodelungsläd.) Freitag abend fand verunglückten wegen Jungs Dames des Gesellschafts Zöllner, die den heißen Berg hinaufrodelten, noch nachten ist. Die Fensterin erlitt einen Schußverwund, die andere nur Hautwunden. Stolberg hat sonst gute Rodelbahnen, die fleißig benutzt werden.

### Jena, 6. März.

(Der Renoluer.) Schmer verlegt wurde am Freitag nachmittags durch unvorsichtigen Pantieren mit einem 6 mm kalibrigen Renoluer der Altstädter aus Ammenau. Winkler wollte den gebrauchten Renoluer käuflich erwerben und probierte, ob die Schußwaffe funktioniere, dabei entlud sich eine im Lager befindliche alte Patrone und traf den Lang in den Unterleib. Er wurde sofort nach der chirurgischen Klinik geföhrt.

### Weimar, 6. März.

(Der neue Museumsdirektor.) Der Kabinettssekretär des Großherzogs Dr. von der Gabelens-Vinzingen, früher Privatdozent an der Technischen Hochschule in München, ist an Stelle des Hofrats Dr. Köhler zum Direktor

der großherzoglichen Museen ernannt worden. Die Ernennung des Direktors des Goethe-National-Museums steht noch aus.

— Mühlhausen, 7. März. (Der Kindesmörder.) H. Heilige u. von hier ist am Donnerstag nachmittags 2 Uhr in der Straßengasse Westhagen bei Kassel gestorben. Föhrtiger hat sein 2 1/2 Jahre altes Söhnchen in der Thomasaule ertränkt. Er war vom Schwurgericht zum Tode verurteilt, vom Kaiser aber zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

— Meuselwitz, 6. März. (Tammertod.) Das vier Jahre alte Töchterchen des Konjunktübers Wiemann wollte in Abwesenheit der Mutter Papier in den Ofen werfen, wobei es sich tödlich verbrannte.

? Leipzig, 8. März. (Vergiftungen.) In einem Grundstück der Viehgräber hat sich eine 27jährige Oberpflegerin vergiftet. — Weiter hat sich in einem Hause in der Gabelsbergstraße ein 22 Jahre alter in der Weidmannstraße wohnhafter Marktbesitzer mittels Leuchtgases vergiftet. In beiden Fällen ist das Matrio zu dem unglücklichen Verbrechen bekannt geworden.

— Dresden, 8. März. (Tölicher Automobil.) In der Nacht vom 6. zum 7. März abends 8 Uhr wurde auf dem steilen Gassenplateau ein Dienstmädchen von einem Automobil überfahren und getötet.

Dresden, 4. März. (Ein Wagenstücker.) eine praktische Kombination von Wagen und Schlitten, erzeugt bei Sturmstille. Der Erfinder dieser interessanten Neuheit ist der Praktiker Dr. med. Treiber in Dresden-Altstadt. Das geföhrtige Gefährt ist seinem Erfinder patentiert worden. Das Umwecheln von Reifen und Rädern wird in voller Fahrt in wenigen Sekunden bewerkstelligt und vollzieht sich ohne alle Ausseher.

## Letzte Nachrichten.

### Aus der Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 8. März. In der Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung des Etats für Handel und Gewerbe fortgesetzt. Abg. Widde (Nrl.) führt den wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahres auf die Schutzpolitik des Reiches zurück, an der seitgehastet werden müsse. Abg. Dr. Flegel spricht sich für die Unterstützung der Kreisnassau-weisuraule aus. Abg. A h r o (Kon.) tritt für die Konjunkturvereine ein.

### Halle im Reichstag.

Berlin, 8. März. Abg. J e l (Zentrum) hat im Reichstag die Lieferungen für Polizeibeamte in Halle zur Sprache gebracht. Er bemängelte beim Titel „Kleiderkasse“ für Unterbeamte, daß die Schneidergesellschaften nicht bei den Lieferungen ausreichend berücksichtigt würden, so namentlich in Halle.

### Abg. v. Volkmar wieder gesund.

München, 8. März. Der sozialdemokratische Abgeordnete n. Volkmar wird sich, wie die „Münchener Post“ berichtet, morgen nach Berlin begeben, um an den Verhandlungen des Reichstages wieder teilzunehmen. Danach scheint sich das Befinden des Abgeordneten gebessert zu haben.

### Zum Fall Tremel.

München, 8. März. Die Staatsregierung wird sich mit dem Fall Tremel erst dann beschäftigen, wenn sich sämtliche fröhlichen Instanzen, auch die in Rom, entschieden haben. Danach erst wird die Regierung den Refkurs des Pfarrers Tremel prüfen und ihrerseits nach der einen oder der anderen Seite ihre Autorität geltend machen.

### Zum serbisch-österreichischen Konflikt.

Wien, 8. März. Aus guter Quelle verlautet, daß die persönliche Antwortnote noch heute den europäischen Kabinetten zugestellt wird. Serbien werde in direkte Verhandlungen mit Oesterreich wegen des Handelsvertrages und des Bahnbaues eintreten. Was die internationalen Fragen anlangt, so würden die Westmächte und Rußland auf Einberufung einer Konferenz bestehen. — Der Minister des Auswärtigen, Milovanovich, erklärte Deputierten gegenüber, er sei der Ansicht, daß der tote Punkt überwinden und ein kriegerischer Konflikt nicht mehr zu befürchten sei.

### Verhaftung polnischer Banditen.

Krausau, 8. März. Die Polizei verhaftete die vier Urheber des räuberischen Ueberfalls auf den Bankier Grajower. Bei der Festnahme gab der eine der Räuber, ein Eisenbrecher namens Szelegat aus Rußisch-Polen einen Schuß ab, durch den ein Polizeigent und ein Kellner verwundet wurden. Auch die übrigen drei Attentäter stammen aus Rußisch-Polen.

### Verurteilung Pariser Straßendemonstranten.

Paris, 8. März. Das Gericht verurteilte heute mehrere Hundgeber, die sich gelegentlich der geföhrenen Demonstrationen bei der Enthüllung des Placetdenkmals betätigten und verhaftet wurden, wegen Widerstandes gegen die Polizeigewalt zu Gefängnisstrafen von 8 Tagen bis zwei Monaten.

Saltzburg, 8. März. Ueber das Laminierungslid wird weiter gemeldet, daß im ganzen 39 Arbeiter von den Schneemassen weggerissen wurden. Bisher sind 18 Leichen geborgen, zwölf Arbeiter wurden lebend gerettet, 9 werden noch vermisst. Da neue Laminierungslitze erforderlich sind, die Rettungsarbeiten sehr erschwert.

Ceuta, 8. März. Der König von Spanien ist heute hier eingetroffen.

## Unterhaltungsblatt.

Ein stiller Mensch. Roman von Paul Wisk. (Fort.) — Hinausgeschaut. Von Dr. E. F. Haller. — Gute Zeitung: Wer war Rosen? Tafts Premiere im „Weissen Hause“ usw.

### Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Habelsteil: Erwin Alexander; R. A. H.; für den Anzeigensteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.



